

OBM H. Maly

Stadt Nürnberg  
Finanzreferat

Stadt Nürnberg - 90317 Nürnberg

020

Theresienstr. 7

e-mail: [ref.ii@stadt.nuernberg.de](mailto:ref.ii@stadt.nuernberg.de)  
Internet: <http://www.nuernberg.de>

U-Bahnlinie 1  
Haltestelle Lorenzkirche  
Buslinie 36,46,47  
Haltestelle Rathaus

An die Stadträte

Sprechzeiten:  
Montag, Dienstag und Donnerstag  
8.30 - 15.30 Uhr,  
Mittwoch und Freitag  
8.30 - 12.30 Uhr  
oder nach Vereinbarung

Stadtparkasse Nürnberg  
BLZ 760 501 01  
Konto 1 010 941

Postbank Nürnberg  
BLZ 760 100 85  
Konto 15-854

Telefonzentrale: (0911) 231 - 0

Ihr Schreiben

Unser Zeichen  
020-21-J03

Zimmer-Nr.  
309/III

Telefon: 231-  
26 81

Telefax: 231-  
52 02

Datum  
September 2003

„Haushaltseinbringung 2004“

Sehr geehrte Frau Kollegin,  
sehr geehrter Herr Kollege,

beiliegend übersende ich Ihnen ein Exemplar meiner Rede zum Thema Haushaltseinbringung 2004.

Mit freundlichen Grüßen



Wolfgang Köhler  
Stadtkämmerer

Anlage

## Haushaltseinbringung 2004

Ist etwas faul im Staate Deutschland?

Mit dieser aus Hamlet, Erster Aufzug, Vierte Szene abgewandelten Frage,  
meine Damen und Herren,

lässt sich die derzeitige Stimmungslage in Deutschland wohl am ehesten fassen. Es herrscht allgemeines Unbehagen über den seit 1998 andauernden Reformstau, obwohl der Zwang zur Reform für alle Bürger mit Händen zu greifen ist.

Alle Sozial- und Finanzsysteme, ob Kranken-, Renten- oder Haushaltskassen, sind angespannt, weil neben dem Reformstau und der Konjunkturschwäche auch die demographische Entwicklung in den nächsten 15 Jahren dazu führt, dass etwa 1 Mio. Personen pro Jahr das Ruhestandsalter erreichen, aber nur etwa 600.000 Personen in das Arbeitsleben eintreten. In den Printmedien gewinnt dieses Thema zunehmend Raum (vgl. Berthold im Handelsblatt vom 2.6.2003, Prantl, SZ vom 19./20.7.2003). In seinem Buch „Die deformierte Gesellschaft“ rechnet Miegel vor, dass bei einer Bevölkerungsabnahme von 18 Mio. Personen bis 2040 die in dritter Generation oder länger in Deutschland lebenden Familien in der Minderheit wären, wenn eine Zuwanderung in der gleichen Größenordnung stattfinden würde. Zudem leisten wir uns den Luxus, jährlich über 100.000 gut ausgebildete Personen in die USA, nach Kanada, Australien oder Neuseeland auswandern zu lassen. Hier ist nach den Ursachen zu fragen. Das Unternehmens-, Arbeits- und Sozialsystem ist in Deutschland erstarrt. Wer etwas leisten will, hat in den anderen westlich geprägten Systemen größere Chancen, weil dort die Umverteilungsmaschinerie ungleich kleiner ist. Diese Abstimmung mit den Füßen kann nicht mit einem „Weiter so“ beantwortet werden.

Die demographische Schieflage, die ein generelles europäisches Problem von Spanien bis in die Ukraine darstellt, muß als zentrales Problem politischer Aufgabenstellung begriffen werden. Hierbei ist auch die Frage zu erörtern, ob und inwieweit unsere Werteordnung einer Beliebigkeit gewichen ist. Die Werteordnung gilt es wieder zu schärfen, den Wert der Familie zu stärken, das Verhältnis von Verantwortung des Einzelnen für die Gesellschaft und individueller Selbstverwirklichung neu zu justieren.

Wenn niemand da ist, die Renten zu erarbeiten, ist jede Bekundung der Bestandswahrung in den öffentlichen Sozialsystemen unlauter. Es ist verwunderlich, dass diese Entwicklung bislang von der Generation der 20- und 30ig-Jährigen so ruhig hingenommen wird, die letztlich die auf den Kopf gestellte Alterspyramide schultern soll und zusätzlich von uns heute mit wieder munter steigenden Staatsschulden belastet wird.

In diesem skizzierten Gesamtrahmen ist die Finanzkatastrophe der großen deutschen Kommunen ein Teilaspekt, für uns heute bei der Haushaltseinbringung natürlich der zentrale Aspekt. Nach dem freien Fall der Stadtfinanzen im letzten Jahr sind wir heute auf dem Boden der Tatsachen angekommen:

Wir sind in Nürnberg pleite.

Wir sind pleite, meine Damen und Herren, weil wir in Deutschland seit Mai 2001, seit 2 Jahren und vier Monaten, wissen, dass die Gewerbesteuer zusammenbricht, die Haushalte aller Kommunen massiv unter diesen Steuerausfällen leiden und es trotzdem in diesem langen Zeitraum nicht gelingt, zu einer raschen und erfolgreichen Lösung zu kommen. Die Konsequenz dieser Handlungsunfähigkeit auf Bundesebene führt zu dem zwangsläufigen Ergebnis: Nach drei Jahren Gewerbesteuerausfall von 2001 bis 2003 sind wir in Nürnberg wie in vielen anderen Kommunen finanzpolitisch handlungsunfähig.

Wir haben uns in den letzten zwei Jahren hier im Stadtrat immer wieder und eingehend mit der Frage befasst, aus welchen Gründen die Gewerbesteuer eingebrochen ist. Heute müssen wir uns mit den Folgen befassen. Die Konsequenz daraus für 2004 lautet:

Wir haben im Verwaltungshaushalt ein Loch von rund 100 Mio. € und im Vermögenshaushalt ein Loch von rund 114 Mio. €.

Der Haushalt 2004 hat damit wenig Aussicht auf Genehmigung. Wir müssen deshalb davon ausgehen, dass das Haushaltsjahr 2004 ganzjährig mit Art. 69 GO, der sog. haushaltslosen Zeit, abgewickelt werden muss. Art. 69 GO bedeutet, dass nur die

Dinge vollzogen werden dürfen, die auch notwendig sind. Eine Unterscheidung zwischen Wünschenswertem und Notwendigem kann jedoch den Blick für künftige Spar-  
runden schärfen.

Eine Haushaltsgenehmigung wäre nach derzeitiger Rechtslage und Genehmigungs-  
praxis nur dann erreichbar, wenn es zu einem politischen Konsens über den Verkauf  
von Tafelsilber käme. Ich bin überzeugt, dass es eine solche verträgliche Lösungs-  
möglichkeit auch gibt. Kommt ein solcher Konsens nicht zustande, hätte dies natür-  
lich auf die Investitionsausgaben erhebliche Auswirkungen. Insbesondere die Wirt-  
schaftsförderung für die Nürnberger Wirtschaft würde hierdurch erhebliche Einschnit-  
te hinnehmen müssen.

Warum ist das Loch im Verwaltungshaushalt mit rund 100 Mio. € so groß?

Zunächst einmal möchte ich daran erinnern, dass wir letztes Jahr das Loch im Ver-  
waltungshaushalt in Höhe von 48,7 Mio. € durch Zuführung vom Vermögenshaushalt  
geschlossen haben. Dieses Verfahren geht dieses Jahr nicht mehr, weil wir die Trä-  
gerdarlehen vollständig für den Haushalt 2003 abgelöst und verbraucht haben. Rück-  
lagen sind im Haushalt nicht mehr vorhanden. Auch der allerletzte Rest aus dem frü-  
heren eisernen Sockel in Höhe von 12,9 Mio. € ist aufgelöst worden.

Das Loch im Verwaltungshaushalt wächst, weil auf der Einnahmeseite die Steuern  
weiter sinken. Bei der Gewerbesteuer führen wir den IST-Ansatz von 2002 fort, d.h.  
mit 220 Mio. € gegenüber 265 Mio. € im Jahr 2003. Dies ist immer noch eine gegen-  
über dem für 2003 nach Stand September 2003 zu erwartenden Ergebnis von rund  
186 Mio. € eine optimistische Schätzung.

Bei der Einkommensteuer führen wir ebenfalls den Ansatz von 2002 fort, d.h. wir er-  
warten Einnahmen in Höhe von 172 Mio. €. Dabei haben wir unberücksichtigt gelas-  
sen, dass wir in Nürnberg wegen der Neuverteilung der Einkommen- und Umsatz-  
steueranteile rund 7,5 Mio. € verlieren und wir im Jahr 2004 wegen des Vorziehens  
der Steuerreform weitere Einkommensteuereinbußen nicht ausschließen können.  
Der schlechteste Fall ist dabei ein Rückgang des Einkommensteueraufkommens in  
Höhe von 20 Mio. €.

Die Umsatzsteuer haben wir mit 1 Mio. € verbessernd geschätzt, insgesamt 33 Mio. €. Mit größtem Optimismus sind wir an die Schlüsselzuweisungen herangegangen. Wegen der Haushaltslage der Stadt Nürnberg rechnen wir mit 20 Mio. € höheren Einnahmen, also 91 Mio. € anstatt von 71 Mio. €.

Wir haben seit dem 13. August nunmehr einen Gesetzentwurf zur Gemeindefinanzreform auf dem Tisch liegen. Konsequenzen daraus sind in den Haushaltsplanentwurf noch nicht eingearbeitet, zum einen, weil zum Tag der Drucklegung der Entwurf noch nicht bekannt war, und zum anderen, weil der vielstimmige Chor der politischen Mitspieler so groß ist, dass ein wirkliches Ergebnis heute noch nicht abschätzbar ist.

Als Anregung zur im Gange befindlichen Diskussion über die Gemeindefinanzreform halte ich auch noch folgenden kommunalen Gesichtspunkt für bedenkenswert. Wir haben eine Schieflage bei der Steuergerechtigkeit. Die Steuergerechtigkeit muss insbesondere auch in einer Gleichheit der Steuererhebung bestehen. Wir brauchen und das reklamiere ich nachdrücklich deshalb

eine kommunale Sozialsteuer.

Heute zahlt der brave Bürger Kirchensteuer, womit viele notwendige und segensreiche Sozialeinrichtungen finanziert werden. Viele haben sich aber aus der Mitfinanzierung verabschiedet, ich schätze für eine Großstadt wie Nürnberg den Anteil der Nichtkirchensteuerzahler auf 1/3. Es ist jedoch nicht gerecht, dass die Verteilung der Soziallasten auf einigen Schultern verteilt wird, und man sich ganz legal vor dieser Verpflichtung verweigern kann. Deshalb halte ich die Einführung einer kommunalen Sozialsteuer, auf die die Zahlung der Kirchensteuer angerechnet werden kann, für erforderlich. Dies, das betone ich ausdrücklich, hat nichts mit einer Steuererhöhung oder neuen Steuern zu tun, sondern es geht hier um das Schließen von Schlupflöchern. Wenn es nicht mehr selbstverständlich ist, einen Sozialbeitrag in Form von Kirchensteuer zu leisten, muss dieser Beitrag eben auf andere Art und Weise allgemeinverbindlich festgelegt werden. Bei einem derzeitigen Aufkommen von rund 9 Mrd. € könnten den kommunalen Haushalten auf diese Weise rund 4,5 Mrd. € zugeführt werden.

Auf der Ausgabenseite des Verwaltungshaushalts ist zunächst hervorzuheben, dass wir die Vorgabe, den Ausgabenanstieg im Verwaltungshaushalt auf 1% zu begrenzen, eingehalten haben. Dies ist neben dem Sparpaket ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung der Stadtfinanzen, insbesondere auch deshalb, weil sowohl der Personalkostenanteil als auch der Sachkostenanteil jeweils 1% nicht übersteigen, insgesamt sogar eine Ausgabenstabilität erreicht wird. Den Dienststellen bleibt gleichwohl Luft zum Atmen, weil die Inflation für das Jahr 2004 bislang mit nur 0,74% prognostiziert wird.

Der Rechnungsabschluss 2002 mit 46,2 Mio. € ist auf der Ausgabenseite berücksichtigt.

"  
Wie im Vorjahr befürchtet, entwickelt sich die Grundsicherung zu einem echten Kostenfaktor. Die im Jahr 2003 eingesetzten 15 Mio. € auf der Ausgabenseite müssen sogar 2004 noch leicht um 0,6 Mio. € erhöht werden, ohne dass auf der Einnahmenseite eine wirkliche Zuwendung vom Bund kommt.

Hinzuweisen ist auch darauf, dass angesichts der desolaten Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation in Folge auch die Zahlen der Sozialhilfeempfänger steigen. Wir nähern uns hier der Zahl von 29.000 Hilfeempfängern. Die Haushaltsansätze für die örtliche Sozialhilfe belaufen sich 2004 auf 138,5 Mio. €, also eine Steigerung um 10 Mio. €. Der Anteil der ausländischen Hilfeempfänger an der Gesamtzahl ist hoch, er nähert sich einer Quote von 50%.

Eine Entlastung bei der Sozialhilfe könnte bei den arbeitsfähigen Sozialhilfeempfängern eintreten, wenn hier die Kompetenz aufgrund des Hartz-IV-Gesetzentwurfs auf die Bundesagentur übergeleitet wird. Eine Bezifferung kann im Rahmen des Verwaltungspakets im Rahmen der Haushaltsberatungen noch nachgeschoben werden, wenn in diesem Punkt mehr Klarheit besteht. Bezogen auf Hartz IV hat der Deutsche Städtetag allerdings schon am 30.07.2003 protestiert, dass von den versprochenen Entlastungen der Kommunen nichts übrig bleibt. Insbesondere soll eine eventuelle Verbesserung für die Kommunen sofort zweckgebunden für die Kinder- und Jugendhilfe eingesetzt werden, was dem desolaten Haushalt nur beschränkt nützt.

Wenn wir an dieser Stelle schon die Frage der Kompetenzverschiebung zwischen den Ebenen Bund/Land/Kommune diskutieren, sollte meines Erachtens auch geprüft werden, ob der Bund nicht auch für Zuwanderer aufgrund des Konnexitätsgrundsatzes die Finanzlasten in Form eines eigenen Bundeshaushaltsansatzes für einen Integrationszeitraum von beispielsweise fünf Jahren ab dem Zeitpunkt der Zuwanderung übernehmen sollte und müsste. Nach dem Prinzip der Konnexität halte ich es für überlegenswert, daß in den ersten Jahren der Bund die Finanzverantwortung dafür übernimmt, dass zuwandernde Personen nicht auf dem Arbeitsmarkt unterkommen, sondern unmittelbar in das Sozialnetz gleiten. Die Finanzverantwortung müsste auch umfassend für alle erforderlichen Integrationsmaßnahmen gelten. Jedenfalls vermag ich keinen primären örtlichen Bezug zu einer kommunalen Hilfgemeinschaft zu erkennen.

Auch der Vermögenshaushalt ist 2004 mit 114 Mio. € defizitär. Im Haushaltsplanentwurf finden Sie nur eine Lücke von 40 Mio. €, was daran liegt, dass im Haushaltsplanentwurf die möglichen Kreditaufnahmen für Investitionen mit 74,4 Mio. € veranschlagt sind. Wenn es keine Haushaltsgenehmigung gibt, dann gibt es aber auch keine Genehmigung der Kreditaufnahmen, so dass die Lücke tatsächlich 114 Mio. € und nicht 40 Mio. € beträgt. Auch bei der Betrachtung des Vermögenshaushalts ist die Frage, warum 2004 eine Lücke besteht und kein Überschuss, damit zu beantworten, dass keine Trägerdarlehen mehr zur Verfügung stehen, 2003 immerhin noch 113 Mio. €.

Die Struktur des MIP wird in diesem Jahr noch ungünstiger, weil wir die Mittel für den Bestandserhalt weiter reduzieren müssen. Alle Pauschalen, von einigen Ausnahmen abgesehen, müssen nochmals um 20% reduziert werden. Welche Konsequenzen dies haben kann, zeigt die Schlagzeile vom Juli, wonach jede Menge Brücken zur Restaurierung anstehen. Wir haben erneut viele neue Projekte im MIP, was seine Ursache im süßen Gift der Zuschüsse hat. Als Beispiel greife ich nur heraus, dass wir für 16 Mio. € ein Südstadtkulturforum bauen, in dem Einrichtungen untergebracht werden, die wir alle schon in der Stadt haben: Ein schönes BZ, eine gerade im Bau befindliche teure Stadtbibliothek, alles im Kleinformat noch mal. Dafür fehlen die Mit-

tel für das Heilig-Geist-Haus, das bereits gekauft wurde und das einer Generalsanierung bedarf, bevor es von städtischen Dienststellen genutzt wird.

Im Hintergrund schlummert ferner noch das Damoklesschwert der Schließung des Schauspielhauses durch den TÜV. Auch hierfür ist noch keine Finanzierung eingesetzt. Eine Finanzierung außerhalb des MIP-Rahmens ist dabei keine wirkliche Lösung. Die Finanzierung über Kommunalkredite ist nämlich die kostengünstigste Variante, da bei allen anderen Varianten weitere Teilnehmer dabei sind, die an dem Geschäft noch mitverdienen wollen. Außerdem wird die Verschuldung über den MIP-Rahmen hinaus weiter erhöht und der Stadtrat in seiner Entscheidungskompetenz eingeschränkt, im Rahmen seiner Abwägung des MIP die Prioritäten festzulegen.

Dieses große Haushaltsloch im Verwaltungs- und im Vermögenshaushalt darf nicht dazu führen, dass wir uns entmutigen lassen, dass wir zu überwinden versuchen, Kahlschläge vermeiden wollen, ohne je irgendeinen getätigt zu haben, oder auf Einsparungen verzichten, weil das Loch ohnehin viel zu groß ist. Trotz der riesigen Lücke müssen wir jetzt sparen, um bei anziehenden Einnahmen später einen Haushalt ohne Nettoneuverschuldung ins Visier zu nehmen.

Trotz dieser großen Herausforderungen ist die Politik, auch die der Stadt Nürnberg, kurzatmig. Ein weiterer Ausbau von kulturellen Events, neue Sozialeinrichtungen und viele andere Wünsche dominieren die Tagesordnungen des Stadtrats und der Ausschüsse. Dabei müsste zunächst einmal die Grundlinie, das Wesentliche für die Stadtstruktur der nächsten 10 Jahre diskutiert werden. Auch nach der Gemeindefinanzreform werden die Einnahmen nicht mehr so sein wie vor der dem Steuereinkbruch 2001, dafür sind die Rahmendaten, z.B. wie schon ausgeführt die Demographie, viel zu schlecht. Wir brauchen hier in Nürnberg in finanzpolitischer Hinsicht einen Konsens und ein gemeinsames mittelfristiges Konzept zur finanzpolitischen Nachhaltigkeit. Wir brauchen eine politische Übereinkunft über eine Zeitvorgabe bis zum Erreichen eines Haushalts ohne Nettoneuverschuldung und auch eine Vereinbarung der zur Umsetzung erforderlichen Schritte. Daran kann und darf auch nichts der Umstand ändern, dass schon die bisherigen Sparrunden nur unter größten Anstrengungen bewältigt wurden.



Die Regierung von Mittelfranken hat uns ein neues 20 Mio. Euro-Paket mit Haushaltswirksamkeit bis 2006 auferlegt. Dieses gilt es umzusetzen, auch wenn völlig klar ist, dass allein mit 20 Mio. € das Haushaltsloch noch nicht geschlossen werden kann. Gegenüber den bisherigen Sparpaketen ist die Neuerung wichtig, dass jeder Sparvorschlag konkret benannt ist. Mit dem Beschluss steht auch fest, welche Maßnahme getroffen werden muss. Ich verbinde damit die Hoffnung, dass es dann leichter fallen wird, die Sparbeschlüsse nicht nachträglich wieder aufzuweichen oder gar ganz aufzuheben. Die Umsetzung der bisherigen Sparbeschlüsse leidet bisweilen darunter, dass sie aufgrund von Prüfaufträgen eine konsequente Handhabung erschweren. Manchmal führt das Sparen auch sofort zur neuen Ausgabe: Beispiel Schulkindergärten. Haben wir sie mühevoll geschlossen und freuen uns über die mühselig erreichte Einsparung, müssen wir uns die Augen reiben, aus dem Schulkindergarten Fenitzerplatz ist ein regulärer Kindergarten geworden.

Eine Besonderheit hat das Sparpaket auch: Die Verwaltung wird diesmal auch nur ein Sparpaket von 10 Mio. € vorlegen. D.h. die Politik bleibt gefordert, die ergänzenden Komplementärvorschläge zum Erreichen des 20 Mio. €- Pakets zu erarbeiten.

Aus den bisherigen Sparrunden haben wir einen reichen Erfahrungsschatz, so dass man mit Fug und Recht sagen kann, die neue Runde wird kein Zuckerschlecken. Aber: Die Zeit für Einsparungen ist reif. Natürlich können wir nicht erwarten, dass die konkrete Einsparungsmaßnahme vom Applaus der Bürger begleitet wird, aber wir dürfen den Widerspruch auch nicht überbetonen. Denn vom Grundsatz her haben die Bürger in Nürnberg, wie in Deutschland überhaupt, begriffen, dass die Kassen leer und dringende Reformschritte notwendig sind.

Zum Schluss noch ein Satz zu den freiwilligen Zuschüssen. Wie im Vorjahr sind die freiwilligen Zuschüsse auch im Jahr 2004 verwaltungsseitig unverändert fortgeschrieben worden, eine positive Veränderung hat es lediglich beim KJR gegeben.

Lassen Sie mich mit dem Appell an Sie schließen, dass die Finanzierungs- und

Haushaltsfragen in der Stadt Nürnberg im Stellenwert an die vordere Stelle gerückt werden müssen. Als Appendix der Erfüllung von Wünschen verstellen wir der nächsten Generation einen tragfähigen Weg in die Zukunft.

Nürnberg, im September 2003

Wolfgang Köhler  
Stadtkämmerer

„

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT

Bellage 10a 1b  
zur Stadtratssitzung17.09.2003  
- öffentlich -Franken-Stadion Nürnberg  
hier: Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2003Gutachten des Werkausschusses FSN

-nicht öffentlich-

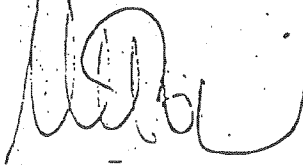
|               |     |
|---------------|-----|
| Referat II    |     |
| 13. Aug. 2003 |     |
|               |     |
| Stk           | Stk |

- I. Der Ausschuss begutachtet den beiliegenden Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2003 für den Eigenbetrieb Franken-Stadion Nürnberg und empfiehlt dem Stadtrat, diesen Wirtschaftsplan zu beschließen.

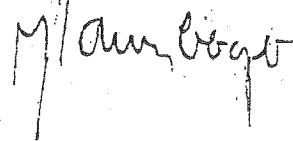
II. Ref. II/Stk

Nürnberg, 24.07.2003

Der Vorsitzende:



Die Schriftführerin:



Franken-Stadion Nürnberg  
hier: Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2003

B e s c h l u s s

des Stadtrates vom 17.09.2003

- öffentlich -

- mit 63 : 4 Stimmen beschlossen -

- I. Gemäß Gutachten des Werkausschusses FSN vom 24.07.2003 wird der Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2003 für den Eigenbetrieb Franken-Stadion Nürnberg beschlossen.
- II. Referat II

Der Vorsitzende:

*Malz*

Der Referent:

Schriftführerin:

*Baumgärtel*

17.09.2003  
- öffentlich -

Franken-Stadion Nürnberg  
hier: Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2003

Gutachten des Werkausschusses FSN

-nicht öffentlich-

**einstimmig**

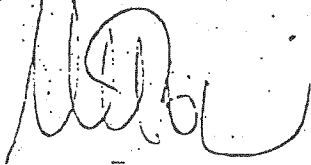
|                 |                 |
|-----------------|-----------------|
| Referat II      |                 |
| 15. Aug. 2003   |                 |
|                 |                 |
| 2. St. / 1. St. | 1. St. / 2. St. |

- I. Der Ausschuss begutachtet den beiliegenden Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2003 für den Eigenbetrieb Franken-Stadion Nürnberg und empfiehlt dem Stadtrat, diesen Wirtschaftsplan zu beschließen.

II. Ref. II/Stk

Nürnberg, 24.07.2003

Der Vorsitzende:



Die Schriftführerin:

